

**Rede
des Sprechers Sprecher gegen Rechts, Antisemitismus
und Fremdenfeindlichkeit**

Michael Höntsch, MdL

zu TOP Nr. 34

**Haushaltsberatungen 2017/2018 –
Haushaltsschwerpunkt**

während der Plenarsitzung vom 14.12.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

als ich vor Monaten hier vorne eine Aussprache mit dem Satz begann: „Lassen Sie uns über die Opfer rechter Gewalt sprechen“, kam erwartungsgemäß der Zwischenruf: „Und was ist mit den Opfern linker Gewalt?“

Und heute greife ich das gerne noch einmal auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition,

diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben jegliche politisch motivierte Gewalt im Fokus. Ohne Ausnahme. Aber ich möchte und muss dann offensichtlich hier noch einmal festhalten:

Es ist eine rechte Blutspur, die der sogenannte NSU durch Deutschland gezogen hat. Es gibt mittlerweile eine hohe Zahl von Todesopfern, die mutmaßlich rechten Tätern zugeordnet werden können.

Es ist kein Aufruf linker Gruppen bekannt, Flüchtlingsheime anzugreifen. Weder hat die Grüne Jugend in Salzhemmendorf gezündelt, noch haben Jusos Autos in Barsinghausen angesteckt.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, die Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen kommt vom rechten Rand.

Es wäre schön, hierüber könnte endlich auch in diesem Hohen Hause Einigkeit herrschen.

Und ich höre Sie die Frage stellen: „Und was ist mit Göttingen?“ – Reden wir doch bitte an anderer Stelle einmal über die von Ihnen regelmäßig angezeigte linke Gewalt, dann werden auch da wir uns schnell einig werden können.

Denn niemand auf dieser Seite des Hauses hält etwas von brennenden Autos und verprügelten Burschenschaftlern.

Daraus aber den Untergang oder auch nur eine Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzuleiten, ist abersinnig.

Heute in unserer Haushaltsdebatte geht es also noch einmal um dieses Landesprogramm der Landesregierung gegen Rechts, und ich sage von dieser Stelle aus: Es ist aus vielerlei Gründen und gerade jetzt notwendig. Die Anschläge auf Flüchtlingsheime, die zunehmenden körperlichen Gewaltakte gegen Menschen, der so genannte hate speech. All das sollte uns aufrütteln.

Neueste Meldungen sprechen von circa 500 Reichsbürgern in Niedersachsen, jüngste Zeitungsmeldungen weisen auf den Ankauf von gefährlichen Schreckschusspistolen gerade aus dieser Personengruppe hin.

Niedersachsen ist nicht Sachsen, Niedersachsen will und muss konsequent und nachhaltig jeder Entwicklung in diese Richtung hin einen Riegel vorschieben.

Dabei geht es sowohl um das Bemühen, Menschen zum Aussteigen aus der rechten Szene zu bewegen, als auch um die Stärkung des demokratischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger, die wir gewöhnlich als die Zivilgesellschaft bezeichnen.

Auf diesem Feld ist noch viel zu tun, sind doch breite Teile unserer Bevölkerung wenig sensibilisiert gegen die Agitation von Rechts. Nur zu oft hört man, das Treiben von Nazis dürfe man durch Gegendemonstrationen nicht auch noch aufwerten.

Ich mag mir nicht ausmalen, wie das erste Augustwochenende in Bad Nenndorf heutzutage ohne den aktiven Widerstand der Initiative vor Ort aussehen würde.

Es waren dann in der Folgezeit die ausgefallenen Aktionen der Menschen vor Ort, die es den neuen Nazis mehr und mehr unerträglich gemacht haben, ihren Trauermarsch abzuhalten.

Wir brauchen die Wachsamkeit und die Fantasie unserer Bürgerinnen und Bürger und wir brauchen darüber hinaus auch ihren Mut. Denn der gehört mitunter dazu, will man sich dem braunen Treiben entgegenstellen. Steine fliegen in Wohnhäuser und Schlafzimmerfenster, Drohbriefe und Mails erreichen die Menschen. Gut, dass wir mittlerweile die oben schon angesprochene Opferberatung auf den Weg bringen.

Was uns aber tatsächlich umtreiben sollte, ist die Tatsache, dass rassistisches und antisemitisches Gedankengut zunehmend in Teilen ganz offensichtlich salonfähig wird. „Fragile Mitte“ heißt eine die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

„Das wird man doch wohl nochmal sagen dürfen“, dieser unselige Satz steht zumeist am Anfang von populistischen und hetzerischen Aussagen.

Vieles wäre an dieser Stelle noch notwendig, hier gesagt zu werden. Ich bin 62 Jahre alt, war 10 Jahre Bezirksratsmitglied und 5 Jahre Abgeordneter im Stadtparlament. Dort habe ich Parlamentarismus ein wenig gelernt. Gelernt, auch mal den Kompromiss zu schätzen. Gelernt, respektvoll miteinander umzugehen.

All das ist derzeit im Niedersächsischen Landtag unterentwickelt, und das schmerzt.

Es ist vor allen Dingen auch ein fatales Zeichen nach draußen, wenn wir uns hier im Parlament wie Brüllaffen benehmen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, so Sie das Fest begehen, besinnliche Weihnachten.